

Stadt Leipzig
Amt 61
04092 Leipzig

Bearbeiterin: Frau Fröhlich

61-Bauleitplanung@leipzig.de

Chemnitz, 25. Juli 2019

Ihr Zeichen: 61.61.02-61.50Ze

Schreiben vom 05.07.2019

**Stellungnahme zum B-Plan Nr. 406 „Eisenbahnstraße und Umgebung –
Nutzungsarten“ 1. Änderung (Entwurf)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Sachsen e.V., nimmt
zum o. g. Vorhaben wie folgt Stellung.

Der Otto-Runki-Platz, derzeit als öffentliche Grünfläche ausgewiesen, soll zugunsten
einer Schwimmhalle zu einer Fläche des unbeplanten Innenbereichs umgewandelt wer-
den. Auf einer Fläche von 0,75 ha gehen die Funktionen der Parkanlage verloren:
Frisch- und Kaltluftentstehung werden behindert, Boden und Naturraum durch Versiege-
lung entwertet. Der Stadtrat argumentiert, dass mit der Errichtung der Schwimmhalle
das kulturelle und soziale Leben verbessert werden.

Aktuell verfügt Leipzig über rund 20 Schwimmhallen und -bäder; die nächste Anlage
von der Eisenbahnstraße aus, befindet sich knapp 2000 m nördlich (Schwimmhalle
Nordost).

Das Vorhaben wird abgelehnt.

Zur Begründung des Bauvorhabens wird u. a. § 34 BauGB zitiert; in diesem findet sich
allerdings in Abs. 1 die Formulierung: das „Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden“. Für die Anwohner der angrenzenden Straßen (Konstantin-, Lorenz- und Neustädterstraße) ändert sich mit dem Bau der Schwimmhalle ihr örtliches Wohnambiente drastisch: statt einer beruhigenden Grünfläche, werden sie optischen und akustischen Zusatzbelastungen ausgesetzt. Der Publikumsverkehr wird sich stark erhöhen, Lautstärke und Luftbelastung werden (u. a. wegen fehlender Baumfilterwirkungen) steigen.

Der Trend zur Verdichtung gefährdet die Umweltgerechtigkeit allgemein. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Leipzig im September die Konferenz „Stadtgrün ist Mehrwert“ ausgerichtet, ist im Besonderen schwer nachzuvollziehen, weshalb Parkanlagen für zusätzliche Bebauung vernichtet werden.

Da Leipzig über einen soliden Schwimmbadbestand verfügt, besteht keine Not zum Bau zusätzlicher Einrichtungen. Mit den formalen Bedingungen des beschleunigten Verfahrens und hier insbesondere des Verzichtes auf eine Umweltprüfung, sind wir aus naturschutzfachlicher Sicht nicht einverstanden. Auch die daraus resultierende Folge, dass ein Ausgleich nicht stattfinden muss, sondern nur unverbindlich geprüft wird, sehen wir kritisch.

Da uns die Notwendigkeit des Neubaus aus oben dargelegten Umständen unbegründet erscheint, lehnen wir das Vorhaben ab.

Positiv möchten wir jedoch das Engagement zwischen der Stadt Leipzig und der DB hervorheben, in Volkmarisdorf eine gezielt ruhige Parkanlage zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

I. A. Peter Ulisse

Dr. David Greve
Landesgeschäftsführer